

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 30 (1951)
Heft: 4

Artikel: Auch eine Stimme aus Amerika
Autor: P.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336578>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Auch eine Stimme aus Amerika

Es ist trotz der Fülle an Meldungen nicht leicht, ein klares Bild der politischen Stimmung in den Vereinigten Staaten zu gewinnen. Was ist, um das wichtigste Problem vorwegzunehmen, die Einstellung der Amerikaner zur Entwicklung im Fernen Osten? Wie wir wissen, hat die Regierung Trumans unter großen Schwierigkeiten und dem Einsatz all ihrer Druckmittel die Brandmarkung Chinas als Aggressor bei der UNO durchzusetzen vermocht. Sie besitzt sogar die Zustimmung der Gewerkschaften zu ihrem außenpolitischen Kurs. Die Geschäftstätigkeit, die bis Juni 1950 rückläufig war und bereits wieder Arbeitslosenziffern von über 5 Millionen aufwies, hat seither einen Aufschwung genommen, der alle Rekorde bricht. Und doch kommen gerade aus Wallstreetkreisen warnende Stimmen gegen die scharfmacherische Politik der Regierung. Auch weist ein kürzlich durchgeführter Gallup-Poll eine Mehrheit von 58 Prozent für die Aufnahme Chinas in die UNO auf, für eine Einstellung also, die der Auffassung des Staatsdepartements diametral entgegensteht.

An die widersprechenden Berichte und Erklärungen, die die Analyse der amerikanischen Außenpolitik erschweren, reiht sich eine Broschüre, betitelt: «Feststellungen zu unserer außenpolitischen Lage», von *Ernest T. Weir*, dem Verwaltungsratspräsidenten der National Steel Corporation, Pittsburgh, PA¹. Der Verfasser, den man sicher nicht der Sympathie mit dem Kommunismus verdächtigen kann, stützt seine Feststellungen auf engen persönlichen Kontakt mit repräsentativen Persönlichkeiten des Handels und der Industrie in Frankreich und England, deren weltoffenes politisches Urteil er schon immer als richtig hatte anerkennen müssen und mit deren Einstellung er sich im ganzen identifiziert. Warum diese, bei Amerikanern so ganz ungewohnte, Rücksichtnahme auf den Standpunkt europäischer Kreise? Aus dem einfachen Grunde, weil Amerika dem Osten gegenüber keine Politik sich leisten darf, die in entscheidenden Punkten der Auffassung der europäischen Partner zuwiderläuft.

«Das dringlichste Problem stellt sich uns natürlich in der Lage, in die wir gegenüber China geraten sind. In den USA wird China als Aggressor und Werkzeug des russischen Imperialismus denunziert. Unsere Freunde in Europa sind nicht dieser Ansicht. Sie vertreten die Auffassung, daß die heutige kommunistische Regierung Chinas wirklich den Willen des chinesischen Volkes zum Aus-

¹ «Statement on Our Foreign Situation.» By Ernest T. Weir, Chairman, National Steel Corporation, Pittsburgh, PA. 20. pages. Jan. 1951.

druck bringt. Sie glauben nicht, daß die chinesische Regierung ihre Direktiven von Rußland erhält. Natürlich besteht ein russischer Einfluß, schon weil die beiden Regierungen die kommunistische Weltanschauung vertreten. Aber die Geschichte Chinas ist die Geschichte eines unabhängigen Volkes, das sich nie der Beherrschung durch eine andere Nation unterworfen hat. Es besteht keine natürliche Bindung zwischen Rußland und China. Für die Chinesen ist Rußland eine Fremdmacht wie Amerika und andere westliche Nationen. Schon jetzt melden Beobachter an Ort und Stelle, daß die Anwesenheit von Russen in China mit wachsender Ungeduld ertragen wird. Es wäre ein schwerer Fehler, wenn Amerika durch eine falsche Politik das einigende Band zwischen Rußland und China schaffen und sich zum gemeinsamen Feind der beiden Länder machen würde.»

Chiang Kai-Shek, als politischer Führer, hat ausgespielt, und das Feudalregime, das er vertrat, gehört, nach Weir und seinen Gewährsleuten, unzweifelhaft der Vergangenheit an. Eine weitere politische Anerkennung Chiangs ist durch keine Tatsachen zu rechtfertigen und kann nur dazu dienen, der Empörung Chinas gegen die USA neue Nahrung zu geben. Es besteht kein sichtbarer Grund, warum die Vereinigten Staaten die jetzige Regierung Chinas nicht hätten anerkennen sollen, so wie dies England getan, denn diese Anerkennung allein schafft den Boden für Verhandlungen mit China.

Was Rußland anbetrifft, findet Weir auch in Europa völlige Ungewißheit über dessen wirkliche Absichten. Doch traf er niemanden, der glaubte, daß Rußland jetzt oder noch auf Jahre hinaus einen Krieg vom Zaune reißen wolle; es wird, nach Weir, auch nicht als sicher angenommen, daß es sich überhaupt je zu diesem Sprung ins Ungewisse entschließe. Der Eiserne Vorhang verbirgt ebensoviel Schwäche wie Stärke. Die Gewißheit, auf starken Widerstand zu stoßen, wird die Russen davon abhalten, einen Krieg zu beginnen, der notwendigerweise zu einem Abnutzungskrieg werden müßte, dem das russische Kriegspotential in keiner Weise gewachsen wäre. Es ist darum die Auffassung Weirs wie auch seiner europäischen Gewährsleute, daß steter Güteraustausch und dauernde Verhandlungsbereitschaft am ehesten eine explosive Situation und damit einen Krieg verhindert, der weder vom Osten noch vom Westen gewünscht wird. Allerdings, so findet auch Weir, hat die amerikanische Propaganda der letzten Jahre beim russischen Volk den Glauben wecken müssen, daß Amerika nichts an einer friedlichen Regelung der Differenzen liege, sondern daß es, im Gegenteil, die Waffen wolle entscheiden lassen.

«Es ist keine Frage, daß wir in unseren Beziehungen mit Rußland sowohl während des Krieges wie seither *schwere Fehler* gemacht haben. *Der schlimmste war die Zweiteilung Deutschlands, die Ostdeutschland den Russen*

auslieferte. Wenn uns nicht solche und ähnliche Dummheiten unterlaufen wären, müßten wir wohl heute nicht an die Gefahr eines Krieges denken. Doch wir können Geschehenes nicht ungeschehen machen, unser Ausgangspunkt ist die heutige Situation.»

Wenn der weiseste politische Kurs nach europäischer Auffassung darin besteht, Rußland gegenüber die Tür nicht zuzuschlagen, so gilt dieser Grundsatz, nach Weir, auch für die Beziehungen Amerikas zu China. Die Chinesen haben keinen Grund, den Erklärungen, die eine fremde Macht über ihre Ziele (in Korea) veröffentlicht, Glauben zu schenken. Amerika, das die chinesische Regierung nicht anerkennt und sich dann mit einem gewaltigen militärischen Apparat der chinesischen Grenze nähert, ist für China der Feind schlechthin. Es ist darum nach Weir durchaus möglich, daß die Chinesen von sich aus, ohne russisches Dazutun, eingriffen, denn nach einer Erklärung Chou En-Lais, des chinesischen Außenministers, vom 30. September 1950, hat «eine Eroberung Koreas immer eine Gefahr für Chinas nationale Sicherheit bedeutet». Wenn darum China in allfälligen Verhandlungen die Räumung Koreas und Formosas verlangt, so sollte seinen Forderungen, nach Weir, stattgegeben werden. Gegenüber einem Krieg mit China, der eine Bindung riesiger amerikanischer Kräfte mit sich brächte und Amerika und seine Freunde an vielen Punkten russischen und russisch-inspirierten Angriffen aussetzen müßte, darf auch das Gerede von einem amerikanischen Prestigeverlust im Fernen Osten nicht ins Gewicht fallen. Friede im Fernen Osten ist, nach Weir, erste und grundlegende Notwendigkeit.

Im Bestreben, die Amerikaner für eine vernünftiger Beurteilung Rot-Chinas zu gewinnen, zitiert Weir zum Beispiel auch die Londoner «Times», die darauf hinweist, daß der Zusammenbruch der Kuomintang nicht dem Mangel an amerikanischer Unterstützung, sondern ihrer eigenen Korruption zuzuschreiben war. «Die Volksregierung bringt sehr vielen Chinesen bessere Lebensbedingungen. Der Handel erholt sich, und viele Fabriken sind heute in Betrieb, die vor mehreren Monaten noch still lagen. Die jetzige Regierung sucht die Inflation einzudämmen, was die Kuomintang nicht tat . . . Im Gegensatz zur Korruption unter der Kuomintang leben die Regierungsbeamten heute einfach, arbeiten tüchtig und dienen dem Volk . . . Ganz zweifellos hat die neue Regierung die Mitarbeit der studierenden Jugend für sich gewonnen, und dies ist ein Moment von größter Bedeutung in China.»

Die Amerikaner täten gut daran, findet Weir, sich mit den Anschauungen des neuen China vertraut zu machen. «Wir müssen uns ernsthaft bemühen, ihr Denken kennenzulernen und uns in unserer Politik darnach einrichten. Wir sagen, sie sind Kommunisten. Wir mögen den Kommunismus natürlich nicht,

aber wir können ihn nicht durch Krieg aus der Welt schaffen. Wir dürfen auch die Tatsache nicht übersehen, daß es in der Welt von heute viele Menschen gibt, die überzeugt sind, daß der Kommunismus für sie wertvoll ist . . . Wie nachhaltig man auch behaupten mag, unsere Haltung China gegenüber sei auf die chinesische Aggression in Korea zurückzuführen, so bleibt die klare Tatsache bestehen, daß eine allfällige Ausweitung des Konfliktes erfolgen könnte, weil wir uns weigern, die chinesische Regierung, ihrer kommunistischen Einstellung wegen, anzuerkennen. Mit anderen Worten, es käme zum Krieg mit China, weil wir beabsichtigten, den Kommunismus auszurotten. Nun bin ich aber im Gegenteil überzeugt, *daß ein dritter Weltkrieg dem Kommunismus weitere Verbreitung sichern würde*, denn er müßte sich so lange hinziehen und wäre so furchtbar, daß der Grad der Unzufriedenheit in allen Völkern größer würde als er heute ist.» «Es besteht in Europa keinerlei Neigung für einen Krieg, der sich zum Ziel setzte, den Kommunismus in der Welt, oder in irgendeinem Teil der Welt, auszurotten. Wozu sich Europa bereit findet, ist die Abwehr einer allfälligen russischen Aggression . . .» Die Europäer sind gegen den Einsatz der Atombombe eingestellt, und zwar mit überraschender Einmütigkeit. Sie sind überzeugt, eine Verwendung dieser Waffe würde in der Welt nie mehr ein Gefühl der Sicherheit aufkommen lassen. Die bloße Erklärung Präsident Trumans, die USA zögen ihren Einsatz in Betracht, schlug in Europa mit verheerender Wirkung ein.

Der Verfasser unserer Broschüre macht sich in seiner Kritik der amerikanischen Außenpolitik die These einiger seiner republikanischen Parteifreunde zu eigen, wonach die heutige Situation auf die persönliche Einflußnahme Präsident Trumans zurückginge. Nach dem Bericht eines demokratischen Senators, der den militärischen Beratungen vor der Korea-Intervention beiwohnte, hätte der Präsident den Rat sowohl des Staatssekretärs wie der obersten militärischen Führung in den Wind geschlagen. Nach dieser Version war Truman nicht so sehr an der Hochhaltung des Prinzips kollektiver Sicherheit gelegen, als an einem Popularitäts-Erfolg gegenüber seinen, ihn unablässig bedrängenden republikanischen Gegnern. Ob der Präsident seine Entscheidung wirklich aus diesen Gründen traf, im leichtfertigen Vertrauen, weder die Chinesen noch die Russen würden etwas gegen Amerika zu unternehmen wagen, bleibe dahingestellt. Weir jedenfalls stellt auf Grund der heutigen Lage die Forderung nach einer radikalen Umstellung der amerikanischen Außenpolitik.

«Wir haben verhängnisvolle Fehler begangen in unseren weltpolitischen Entscheidungen, Fehler, die uns an den Rand eines neuen Weltkrieges geführt haben. Diese Fehler sind nicht dem ‚Mangel an Einigkeit‘ zuzuschreiben, wie letzthin von Senator Lucas behauptet wurde. Sie wurden begangen, gerade weil

dem amerikanischen Volke eine offene Auseinandersetzung über außenpolitische Tatsachen vorenthalten wurde. Es ist für uns lebenswichtig, daß außenpolitische Probleme gründlich diskutiert werden, auch wenn sich dabei Meinungsverschiedenheiten ergeben, denn nur dieses Vorgehen kann zu Beschlüssen führen, die vom Volke verstanden werden . . . Die Gegenwart ist eine Zeit für Debatten und Meinungsverschiedenheiten. Man verschone uns mit der lächerlichen Behauptung, Stalin oder irgendein anderer werde zu einem Angriff auf die USA ermutigt nur weil weite Kreise die Politik Achesons mißbilligen. Die amerikanische Regierung soll Schluß machen mit ihrer eigenmächtigen, sprunghaften Politik und ihren Bemühungen, das amerikanische Volk durch Propaganda zu dirigieren. Was wir brauchen, sind Tatsachen und eine sorgfältige Einschätzung der auf lange Sicht zu erwartenden Wirkung unserer politischen Beschlüsse.»

Weir ist überzeugt, daß eine friedliche Beilegung des fernöstlichen Konfliktes den Weg freimachen würde für eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die der Bevölkerung vieler Länder eine bessere Lebenshaltung ermöglichte. Die USA sollen zwar den befreundeten Nationen helfen, ihre militärischen Kräfte auszubauen, soweit sie zur Verteidigung notwendig sind, doch nicht für einen Angriff. Die Vereinigten Staaten müssen vor aller Welt klarmachen, daß, soweit es sie angeht, die Tür zur friedlichen Regelung aller ausstehenden Probleme auch den kommunistischen Ländern offensteht. «Eine solche Politik allein kann unsern Freunden in Europa, die heute fürchten, gegen ihren Willen in einen dritten Weltkrieg verwickelt zu werden, das Vertrauen in unsere Führung neu einflößen. Es ist heute sehr geschwunden. Wir brauchen jedoch dieses Vertrauen, weil wir ohne die volle Unterstützung der europäischen Länder keine Entscheidung treffen können in den weltumfassenden Problemen, die uns heute gestellt sind.»

P. F.